

NEWSLETTER KLIMA-ANTIREPRESSION #12 - Januar 2020

Auf ein kämpferisches neues Jahr!

Auch in diesem Jahr ist nicht zu erwarten, dass der Staat den Braunkohleabbau und all die anderen klimaschädlichen Technologien plötzlich stoppt oder auch nur uns in Ruhe lässt und nicht mit Repression überzieht, wenn wir dagegen kämpfen. Deshalb gibt es auch dieses Jahr wieder Nachrichten von uns zu Repression und Solidarität. Weil wir immer wieder viele Anfragen bekommen, einen EA (Ermittlungsausschuss) für bestimmte Ereignisse zu machen, gibt es diesmal einen Schwerpunkt dazu – auch dazu, wie ihr den selbst organisieren könnt. Ansonsten gilt wie immer: Unsere Solidarität gegen ihre Repression, besucht die Prozesse der Angeklagten, lasste euch nicht abschrecken und bleibt so aktiv wie im letzten Jahr!

Rheinland

- Rückblick: Hambi Räumung im Ermittlungsausschuss
- Die Polizei Aachen und die Versammlungsfreiheit
- WeShutDown-Prozess: Verurteilt und doch gewonnen?
- Besetzung des Sportplatz Mannheim (Ende Gelände 2018)

Lausitz

- Rückblick aus Sicht des Legal Teams zu Ende Gelände 2019 in der Lausitz
- Cottbus: Prozess wegen Baggerbesetzung auf unbestimmt verschoben

Im Norden

- Staatsanwaltschaft will Boote nach Aktion gegen Kreuzfahrtschiff versteigern

Schwerpunkt: EA

- Wann brauchen wir eigentlich einen EA?
- Was macht ein EA?
- EA anfragen
- EA selbst organisieren
- Anruf beim EA

Prozesstermine

- 31.1.2020 Amtsgericht Kerpen 9 Uhr (Beleidigung)

RHEINLAND

Rückblick: Hambi Räumung im Ermittlungsausschuss

Die Räumung des Hambacher Forsts wird für viele, die sie miterlebt haben, lange ein wichtiges Erlebnis bleiben. Ob traumatisiert von Polizeigewalt oder begeistert von der Unterstützung durch so viele Menschen, ob glücklich wegen positiver Berichterstattung oder genervt von der Übernahme des Protests durch große Nicht-Regierungsorganisationen, die sich sonst wenig eingebracht haben, jetzt aber den Protest und seine Formen bestimmen wollten. Eine Person aus der AntiRRR hat jetzt ihre Erfahrungen im Ermittlungsausschuss (EA, Legal Team) in einem sehr persönlichen Bericht aufgeschrieben, hier zu lesen:

<http://antirrr.nirgendwo.info/2019/12/29/die-hambi-raeumung-im-ea-ein-erfahrungsbericht/>

Für die AntiRRR wird die Hambi-Räumung natürlich auch noch weiter Thema bleiben, schon allein, weil wir Menschen versuchen in ihren auf die Räumung folgenden Gerichtsverfahren zu unterstützen. Ihr könnt gerne schreiben an antirrr@riseup.net, wenn ihr wegen irgendwelcher Aktionen im Rheinland Post von Polizei und Gerichten bekommt. Lasst auch ihr die Menschen nicht allein, kommt zu den weiter unten angekündigten Prozessterminen!

Die Polizei Aachen und die Versammlungsfreiheit

Die Versammlungsgesetze und die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgesetzes sind so, dass Versammlungen nur in Ausnahmefällen videoüberwacht werden dürfen, da dies sonst die Versammlungsfreiheit unzulässig einschränken würde. Die Polizei in Aachen hat nun eine ganz eigene Auffassung von der Versammlungsfreiheit: Weil der Platz vor ihrem Polizeipräsidium videoüberwacht sei, dürfe dort keine Versammlung stattfinden. Gegen die Verbannung außer Sichtweite klagt jetzt ein Versammlungsleiter, der im Rahmen von Kohle ersetzen eine Mahnwache vor dem Polizeipräsidium angemeldet hatte, um dort mit solidarischen Menschen die wieder frei gelassen zu empfangen. Die genauen Hintergründe und die merkwürdige Argumentation der Polizei in Aachen dazu könnt ihr hier nachlesen:

<http://antirrr.nirgendwo.info/2019/10/18/die-polizei-aachen-und-die-versammlungsfreiheit/>

WeShutDown-Prozess: Verurteilt und doch gewonnen?

Der Prozess um die effektive Blockade des Kohlekraftwerks Weisweiler im November 2015 endete mit einer Verurteilung durch das Amtsgericht Weisweiler – wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Der Prozess wurde politisch geführt, unter anderem mit der Berufung auf den rechtfertigenden Notstand, da das Kraftwerk konkret Menschen tötet und erhielt eine Menge Presseaufmerksamkeit und Solidarität. Heraus kam eine Verurteilung, die mit 50 bzw. 60 Tagessätzen weit unter dem von der Staatsanwaltschaft geforderten lag. Das Vorliegen eines Hausfriedensbruch und Störung öffentlicher Betriebe wurde verneint (was auch für zukünftige Verfahren gut ist). Problematisch am Urteil ist wohl eher die vermehrt stattfindende Ausweitung des Widerstandsbegriffs auf Ankettaktionen. Angeklagte und Staatsanwaltschaft haben Berufung eingelegt – das heißt der Prozess wird vorm Landgericht Aachen erneut verhandelt. Weiterhin fordert RWE 2 Millionen Schadensersatz von den Aktivist*innen – darüber wurde noch nicht entschieden.

Ausführliche Berichte zu den einzelnen Prozesstagen, einen Pressespiegel und noch viel mehr findet ihr hier: <http://wedontshutup.org>

Besetzung des Sportplatz Manheim

Am 24. Oktober 2018 haben zahlreiche Aktivistinnen den Sportplatz in Manheim besetzt und dort angefangen SG-Zelte aufzubauen, denn hier sollte das Ende Gelände Camp für die Oktober Aktion im Rheinland 2018 entstehen. Doch wie alles in Manheim und Umgebung gehört der Sportplatz nun mal RWE. Und der Konzern sah es gar nicht gerne, was da auf seinem Gelände passierte. Flux erstattete RWE Anzeige und ließ den Platz noch in der selben Nacht von der Polizei räumen.

Anschließend um auf Nummer sicher zu gehen, das hier gar niemand mehr kampieren kann, würde das Gelände dann auch noch vom Energiebetreiber umgepflügt. Soweit so gut.

Vor den Weihnachtstagen sind nun bei den vermeintlichen Besetzerinnen, die von der Polizei namentlich ermittelt werden könnten, Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch eingetrudelt. Die meisten von den Betroffenen, die sich bei uns gemeldet haben, haben trotz des mit 10 Tagessätzen a 10€ relativ niedrig angesetzten Strafmaßes, dagegen Einspruch erhoben.

Wir von Ltfa freuen wir uns darüber sehr. Denn wir glauben das es gute Gründe gibt einen Prozess zu führen. Für unsere Verteidigungsstrategie suchen wir Fotos die belegen können dass das Gelände zu diesen Zeitpunkt nicht gänzlich Umzäunt oder mit dichten Buschwerk umgeben war. Sollte ihr zufällig solche besitzen schickt sie bitte an legal_team_fuer_alle@posteo.de und sollte ihr selbst betroffen sein, aber euch noch nicht bei uns gemeldet haben bitte meldet euch kurz auch bei legal_team_fuer_alle@posteo.de wenn ihr keine Hilfe möchtet oder benötigt, damit wir einen Überblick bekommen und auch eure Erfolge oder Misserfolge den anderen Betroffenen mitteilen können.

LAUSITZ

Rückblick Ende Gelände in der Lausitz

Der zweiten Aktion von Ende Gelände dieses Jahr gingen in der letzten Novemberwoche wie schon im Juni im Rheinland versamlungsrechtliche Schikanen voraus. Brandenburgisches Innenministerium und rechtsradikale Cottbusser Polizeibeamte machten kräftig Stimmung gegen Ende Gelände. Bei der eintägigen Protestaktion in zwei Revieren gab es zwar auch rechtswidrige gewaltsame Übergriffe durch die Polizei, aber es wurde zumindest nicht so viele Menschen inhaftiert, wie zuvor angesichts der offiziellen Äußerungen befürchtet. Trotzdem mussten wieder etliche Menschen Schläge, Pfefferspray und Schmerzgriffe ertragen. Wenn ihr wegen der Novemberaktion Post von der Justiz oder Polizei bekommt, meldet euch (gerne mit PGP verschlüsselt) unter: cat@nirgendwo.info

Wenn ihr Gewalterfahrungen veröffentlichen wollt, an dieser Stelle nochmal der Verweis auf die Sammlung, die wir erweitern können: <http://antirrr.nirgendwo.info/polizeigewalt/>

Cottbus: Prozess wegen Baggerbesetzung auf unbestimmt verschoben

Ein paar Tage vor der Ende Gelände Aktion in der Lausitz, fand am Amtsgericht Cottbus ein Verfahren gegen einen Klimaaktivisti wegen einer Kleingruppen-Baggerbesetzung in der Lausitz statt. Die Aktion fand im Dezember 2015 parallel zur COP21 in Paris statt und war gegen den Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall gerichtet. Bereits im Juli diesen Jahres gab es den ersten Versuch für das Verfahren: ohne Beginn der Hauptverhandlung, gab es nur ein Einstellungsangebot (Eingeständnis & Zahlung von 700-800€), welches der Angeklagte abgelehnte.

Nun folgte der zweite Versuch und bevor die Verhandlung eröffnet wurde, schlug der Richter wieder eine Einstellung vor, damit alle Beteiligten etwas Besseres mit ihrer Zeit und ihrem Geld anfangen können. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war mit den vorgeschlagenen 50-100€ nicht zufrieden und erklärte nach sehr langer Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, dass sie unter 1000€

keiner Einstellung zustimmen würden. Eine Begründung konnte nicht genannt werden, sodass der Richter das Verhandlungsklima geschädigt sah und das Verfahren aussetzte, damit eine Einstellung auf Dezernatsebene diskutiert werden kann.

Ein kleiner Sieg für die Klimagerechtigkeitsbewegung, auch wenn eine Einstellung für 50-100€ das Kapitel schon früher beendet hätte können. Aber wahrscheinlich wollte die Staatsanwaltschaft bzw. das Justizministerium ein paar Tage vor der Ende Gelände Aktion in der Lausitz keine Presse über so eine "freundliche" Einstellung lesen.

IM NORDEN

Staatsanwaltschaft will Boote nach Aktion gegen Kreuzfahrtschiff versteigern

In Kiel haben sich Staatsanwaltschaft und Polizei zu einer etwas anderen Art der Repression zusammen gefunden. Nachdem im Juni 2019 ein Kreuzfahrtschiff (dreckige Co2-Schleuder) für mehrere Stunden blockiert wurde, wurden nicht nur die Paddelboote beschlagnahmt, sondern den Aktivist*innen auch ein Beschlagnahmeprotokoll verweigert und darauf hin bezweifelt, dass die Boote ihnen gehören. Nun plant die Staatsanwaltschaft, bevor überhaupt irgendwer auch nur angeklagt ist, Tatsachen zu schaffen und die Boote (Kanadier, Kayaks, Schlauchboote und Paddel) zu versteigern. Die Aktionsgruppe „Smash Cruiseshit“ ruft dazu auf, sich bei der Staatsanwaltschaft zu beschweren (noch sind die Boote nicht versteigert, geht also auch jetzt noch):

<https://tkkg.noblogs.org/post/2019/12/17/aufruf-versteigerung-der-schlauchboote-verhindern/>

Wer spenden will für Repressionskosten im Zusammenhang mit der Aktion, kann das hier tun: VusEumUmseP e.V., IBAN: DE30 8306 5408 0004 0613 81, Betreff: Antirep SH

SCHWERPUNKT ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS (EA)

Wann brauchen wir eigentlich einen EA?

Ein EA zu haben ist sinnvoll, wenn ihr erwartet, dass es zu Fest- oder Ingewahrsamnahmen kommt und ihr besser findet, Leute zu haben die sich kümmern, gerade wenn etwas nicht läuft wie geplant. Grundsätzlich also bei illegalen Aktionen, bei denen ihr plant erwischt zu werden (zum Beispiel beim Anketten, beim Bagger besetzen oder auch bei Straßenblockaden in der eigenen Stadt). Manchmal lässt sich das nicht so klar sagen, zum Beispiel bei unangemeldeten oder angemeldeten Demos, da müsst ihr abwägen, wie die Risiken sind und ob ihr das im Zweifel schafft auch so Solidarität zu organisieren, falls wider Erwarten was passiert zu dem Aufwand, den es ist, zusätzlich einen EA zu organisieren.

Was macht ein EA?

Ein Ermittlungsausschuss ist während der Aktion telefonisch erreichbar und kümmert sich um Festgenommene und insbesondere darum, dass niemand auf der Polizeiwache vergessen wird. Er organisiert Anwalt*innen falls Menschen Haftprüfungen haben. Alles darüber hinaus ist Absprachesache (also zum Beispiel ist nicht zwangsläufig geklärt, wer den Gesa-Support macht, also Leute von Polizeistationen abholt, wer langfristigen Knast-Support macht oder wer sich für die juristische Nachbereitung verantwortlich fühlt).

EA anfragen

Wenn ihr lokal in eurer Stadt eine Aktion plant, schaut ob es einen lokalen EA gibt oder eine Antirepressionsgruppe, die das anbietet. Einige EAs findet ihr hier:

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ermittlungsausschuss/>

Wenn die noch keine Erfahrungen mit Personalienverweigerung haben und ihr das plant, sprecht vorher mit ihnen, wie das ablaufen kann, oft sind klassische EAs damit nicht vertraut und tauscht euch aus, ob ihr ähnliche Erwartungen an EA-Arbeit habt.

Für Aktionen im Rheinland könnt ihr AntiRRR anfragen, für Aktionen in der Lausitz, in und um Berlin CAT und für Aktionen im größeren Maßstab bei Camps und ähnlichem das LTFA) Achtet gerade bei größeren Anfragen darauf, dass ihr Ansprechpartner*innen habt, die PGP-verschlüsselt kommunizieren können, Fragen zurück tragen und versuchen zu beantworten und fragt so frühzeitig wie möglich an!

Kontaktdaten:

- AntiRRR antirrr@riseup.net,
PGP-Schlüssel: <http://antirrr.nirgendwo.info/kontakt/gpg-schluesel/>)
- CAT cat@nirgendwo.info, PGP-Schlüssel: <http://cat.nirgendwo.info/pgp/>
- LTFA legal_team_fuer_alle@posteo.de, PGP-Schlüssel: https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2017/10/legal_team_fuer_alle@posteo.de-0x2DC83029-pub.asc

EA selbst organisieren

Wenn das bei existierenden Strukturen nicht klappt oder ihr als Gruppe auch schon ein bisschen Erfahrung habt, scheut euch nicht und organisiert selbst einen EA. Das wichtigste sind Menschen, die am Telefon immer erreichbar sind und auch nach der Aktion noch einige Zeit frei haben um sich um die Gefangenen zu kümmern. Menschen, die den EA machen, sollten neben dem Telefon auch immer die Frageliste (s.u.) und Zettel und Stift zum Notieren der übermittelten Daten stets dabei haben.

Wenn ihr noch unsicher seid, fragt ruhig eine Person oder Struktur mit mehr Erfahrung ob ihr sie bei Fragen anrufen dürft und klärt die Erreichbarkeit, gleiches gilt für etwaige Anwäl*innen. Bitte berätet keine Menschen zu Dingen, bei denen ihr nicht sicher seid, im Zweifel recherchiert lieber nochmal. Überlegt euch im Fall der Personalienverweigerung ein Nummernsystem oder was ähnliches, um den Überblick zu behalten. Bei Fragen oder wenn ihr einfach das Gefühl habt, noch ein bisschen Austausch zu brauchen, fragt nach, zum Beispiel bei antirrr@riseup.net, wir geben auch unser EA-Wissen gerne weiter.

Ansonsten gibt es viele Tipps im schon einige Jahre alten EA-Reader, den hier auch online findet:

http://antirrr.nirgendwo.info/files/2019/12/EA-READER_3ohne_Bullengesetze.pdf

Warnung: Die Gesetze, auf die Bezug genommen wird, sind oft nicht mehr aktuell, Polizei- und Versammlungsgesetze ändern sich leider stetig. Informiert euch vorab über die Rechtslage im jeweiligen Bundesland, eine Übersicht über Polizeigesetze gibt es teilweise hier:

<http://polizeigesetz.nirgendwo.info>

Anruf beim EA

Wenn Menschen beim EA anrufen, sollte der EA durch das Telefonat führen und die wichtigen Fragen stellen. Das sind in der Regel:

- Wie heißt du? Oder, wenn du anonym bleiben möchtest: Wie ist deine persönliche Nummer bzw. Pseudonym?
- Wo genau wirst du festgehalten?
- Was ist der Vorwurf der Polizei gegen dich?
(Wichtig der Hinweis: Mach keine Aussage. Sag nicht, was du gemacht hast.)
- Was hat die Polizei gesagt, was sie weiter mit dir vorhat? (ed-Behandlung, Haftprüfung)
- Wie geht es dir? Brauchst du wichtige Medikamente? Ist wer verletzt?
- Sind noch mehr Menschen mit dir zusammen in Gewahrsam genommen worden? (Bitte Namen nur erwähnen, wenn du absolut bist, dass die anderen Leute gegenüber der Polizei ihrer Identität bereits preisgegeben haben!

Ansonsten nochmal darauf hinweisen, dass Menschen die Aussage und Unterschrift verweigern können und sollen und sich melden sollen, wenn sie wieder frei sind.

PROZESSTERMINE

31.1.20 Amtsgericht Kerpen: Überall Polizei - nirgendwo Gerechtigkeit

Im Zuge der Hambacher Forst Räumung gingen die Cops brutal vor, auch bei zahlreiche Demonstrationen. Auf einer von ihnen sollen zwei jetzt Angeklagte "ACAB" (all cops are bastards) in Richtung Polizei gerufen haben. Ein erster Prozessanlauf im Oktober 2019 wurde kurzerhand abgesagt, angeblich wegen einer Bombendrohung, vielleicht aber auch nur, weil das Gericht mit weniger als 10 erschienen Unterstützer*innen überfordert war oder weil das Gericht die Angeklagten schikanieren will. Kommt zum Prozess und zeigt, dass die Bullen sich zumindest nicht unbeobachtet einen zurecht lügen können.

Freitag, 31.1.2020, 9 Uhr Amtsgericht Kerpen, Raum 112

Weitere Prozesstermine gibt es auf: <http://antirrr.nirgendwo.info/>

Wenn wir was vergessen haben, was im nächsten Newsletter Erwähnung finden sollte, schickt uns das einfach einen kurzen Newsletterabschnitt (gerne mit weiterführenden Links) an antirrr@riseup.net

Wie immer wurde der Newsletter zusammengestellt von AntiRRR, diesmal auch wieder mit Beiträgen vom LTFA und CAT.